Antifaschistische Aktion

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Wehrt euch und kämpft!
Rebellion ist gerechtfertigt!

Monatliches revolutionäres Infoblatt / Österreich

Februar 2016 • No 20 • 0.8€

DAS STAATSSCHUTZGESETZ:
ÜBERWACHUNG, KRIMINALISIERUNG, WILLKÜR!

„Die Polizei kann nach dem neuen Gesetz weitgehend eigenmächtig bestimmen, wie sie wen wann und weshalb überwacht."

Am 27. Jänner wurde nun das neue Staatsschutzgesetz, trotz zahlreicher Kritiken und Bedenken, durch den Nationalrat angenommen. NGOs und Rechtswissenschaftler warnen zurecht vor diesem Gesetz.
Es ist ein Gesetz, dass vorgeblich zum Schutz gegen Terrorismus gemacht wurde, ist jedoch gegen breite Teile des Volkes anwendbar, bedeutet Willkür und eine enorme Erweiterung des Handlungsspielraums staatlicher Behörden.

Seite 8



GRIECHENLAND: DIE ARBEITERKÄMPFE NEHMEN WIEDER ZU!

Seite 10



KONTAKT

Redaktion der Antifaschistischen Aktion:
red.afa@gmx.at

VERKAUF

*Die **Antifaschistische Aktion** kann man in den folgenden Buchhandlungen kaufen:*

ÖGB Verlag Buchhandlung
Rathausgasse 21
1010, Wien

Lhotzkys Literaturbuffet
Taborstr. 28/Eing.
Rotensterngasse 2
1020, Wien

Librería Utopía - radical bookstore vienna
Preysinggasse 26-28
1150 Wien

Buchhandlung Alex
Hauptplatz 21
4020 Linz

LESE-EXEMPLARE

Arbeiterkammerbibliothek
Wienerstraße 7
7000 Eisenstadt

Café Gagarin
Garnisonsgasse 24
1090 Wien

Musik- und Kulturverein Orient
Stollgasse 1a, 1070 Wien

ABO

Es gibt die Möglichkeit die **antifaschistische Aktion** 11 Mal im Jahr per Post dirket nach Hause zu bekommen!
Kosten: 20 Euro
Bestellung an: red.afa@gmx.at

Die Antifaschistische Aktion erscheint monatlich, jeweils zur Monatsmitte.

TERMINE

LINZ

Info- und Diskussionsabend: Das neue Staatsschutzgesetz
Freitag 26. Februar 2016 | 19:00 | Gasthaus Alte Welt, Hauptplatz 4

INNSBRUCK

Es wird Aktionen und gemeinsames Transpi-Malen rund um den 8. März geben: wer mitmachen möchte, schreibt eine E-Mail an rotes-Innsbruck@gmx.at!

WIEN

Stammtische „8. März“ des Roten Frauenkomitees Wien
[FB: Rotes Frauenkomitee Wien]

1) Mittwoch 17. Februar, 19:00 Uhr
Café Müller, Payergasse 14, 1160 Wien

Thema: Woher kommt das Patriarchat? Das Patriarchat ist viel älter als die kapitalistische Gesellschaft. Um das Patriarchat mit Erfolg zu bekämpfen müssen wir dessen Wurzeln verstehen.

2) Mittwoch 24. Februar, 19:00
Café Müller, Payergasse 14, 1160 Wien

Thema: Frauen kämpfen international! Überall auf der Welt kämpfen die Frauen gegen die doppelte Untedrückung vom kapitalistisch-imperialistischen System und dem Patriarchat. Wo sind diese Kämpfe am meisten entwickelt und was können wir davon lernen?

Weg mit dem bürgerlichen Zeitungsmüll!



Wir sind eine eigene Klasse!
Wir brauchen unsere eigene Zeitung!





Antifaschistische Aktion - Infoblatt



Meinung

Sitzblockaden schwächen unsere Kräfte!

Vergangenes Wochenende in Linz*, aber auch bei den meisten anderen Demos, habe ich erlebt, dass die Methode der Sitzblockade uns mehr geschadet als uns gestärkt hat!
Wenn wir uns am Boden setzen, sind wir viel angreifbarer und unbeweglicher. Wenn wir hingegen stehen, uns einhaken (also eine Kette bilden), sind wir viel stärker! Erstens können sie nicht so einfach einzeln jemanden herausziehen und wenn wir mehrere Reihen hintereinander bilden, können sie nur mit starker Gewaltanwendung probieren die Ketten aufzureißen. Zweitens sind wir flexibler, wir können nach hinten ausweichen, wenn es die Situation erfordert, aber auch Schritte nach vorne gehen, wenn wir die Möglichkeit dazu haben. Wir können kollektiv und flexibel agieren. Außerdem sind wir auf einer Augenhöhe mit dem Feind, so haben wir auch die Möglichkeit uns zu wehren, wenn wir angegriffen werden!
Oft wird spontan entschieden sich am Boden zu setzen, weil das halt eine sehr verbreitete Methode ist, doch das macht sie nicht richtiger! Im Sitzen sind wir passiv und in der Defensive, wenn wir in Ketten stehen – sind wir das zwar auch – können aber auch in die Offensive gehen, oder uns zurückziehen, wenn kein Erfolg erreicht werden kann. Wenn wir vereinzelt am Boden sitzen, sind wir vollkommen der Polizei ausgeliefert, wenn wir eine Kette bilden, haben wir viel mehr Kraft, wir konzentrieren unsere Kräfte, das ist ein sehr wesentlicher Punkt um Erfolge zu erzielen!
Meiner Meinung nach, sollte dieses Thema mehr diskutiert werden, damit bei nächsten Demos keine Sitzblockaden mehr gemacht werden, sondern wir neue und effektivere Methoden ausprobieren!

Mona, 21,
Aktivistin des Revolutionären Aufbaus

* Anm. der Red.: am 6.2. fand in Linz die Antifademo gegen den Burschenschafterball statt.



Korrespondenz

Identitäre in Innsbruck

Am 1. Februar wurde auch in Innsbruck eine "Lichterkette für Österreich" von den Identitären Tirol veranstlatet. Aufgrund des "Asylchaos" und der Gewalt von Ausländern an "unseren" Frauen, fordern sie unter anderem den Rücktritt der Regierung und "macht die Grenzen dicht". (Wobei ja genau das von der derzeitigen Regierung umgesetzt wird)
Spontan haben sich dagegen 50-60 AntifaschistInnen versammelt. Die Identitären waren nur ca. 7-8 Personen, mit der Unterstützung von ca. 27 PolizistInnen.
Ein führender Kopf der Identitären Tirol ist auch Administrator der Gruppe "Bürgerwehr - Tirol", außerdem sind die Meisten auch noch Mitglieder einer Burschenschaft. Auf der FB-Seite der Bürgerwehr wurde resümierend über ihre Lichterkette geschrieben, dass positiv hervorzuheben ist, dass man gesehen hat, wem die Polizei mehr vertraut. Kein Wunder, die Identitären sind auch strenge Verteidiger der herrschenden Klasse, der Unterdrückung und Ausbeutung!
Aus dem Selbstverständnis der "Bürgerwehr-Tirol": "Wir kontrollieren Bettler (Zigeuner) Asylanten usw. Passport haben sie keinen sind wir gezwungen, die Polizei einzuschalten (Wir haben guten Kontakt zur Polizei) oder wir verjagen sie! Bei Demonstrationen helfen wir der Polizei (...) Die Polizei kommt nicht mehr nach! (...)".
Sie haben gute Kontakte zu Polizei, Politik und Wirtschaft und sind gewillt AntifaschistInnen auch niederzuschlagen, auszuforschen, usw... Wir müssen uns darauf vorbereiten und einen kämpferischen Antifaschismus repräsentieren. Wir müssen uns klar gegen faschistische Positionen und Aktionen stellen und dürfen keine Angst vor der Gewalt und Repression haben.
Lasst uns weiter zusammenrücken im antifaschistischen Kampf!

Massiver Anstieg faschistischer Angriffe in Österreich

Der Verfassungsschutz selbst spricht von einer **Steigerung der Angriffe und Übergriffe** (2015 gab es so viele registrierte Straftaten wie 2012, 2013 und 2014 zusammen!). 197 Fälle sind bekannt, wo es Angriffe auf Asylwerber, Asylheime und Helfer gab. Weitere 323 Fälle von klar rassistisch motivierten Straftaten sind registriert worden.
Dabei handelt es sich um offizielle Zahlen, welche alleine behördlich registrierte Fälle dokumentieren. Eine Vielzahl wird dabei nicht gemeldet oder nicht als rassistisch motiviert eingestuft.

Internationale Nachrichten zum antifaschistischen Kampf



DEUTSCHLAND

Faschistischer Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft in Villingen

VILLINGEN – Auf eine Flüchtlingsunterkunft in Villingen (Baden-Württemberg) ist in der Nacht auf letzten Freitag (29.01.16) eine Handgranate geworfen worden. Da der Zünder versagte, kam es glücklicherweise zu keinen Todesopfern. In der Unterkunft, einem „Erstaufnahmelager", sind 170 Flüchtlinge untergebracht. Dieser Angriff steht für eine weitere Eskalationsstufe auf der nach oben offenen Leiter zunehmender faschistischer Gewalt gegen Geflüchtete in Deutschland, wo es allein letztes Jahr (2015) 1005 Angriffe (meistens Brandstiftung) auf Flüchtlingsheime gab, eine Steigerung um das Fünffache gegenüber 2014 (damals 199). Im Zuge dessen ist es bisher (Stand Dezember 2015) erst in acht Fällen zu Anklagen und in vier Fällen zu Verurteilungen gekommen. Ein weiterer Beweis für die Verstrickungen der deutschen Polizei und Justiz mit der sogenannten rechten Szene, die durch den NSU-Skandal in den letzten Jahren (teilweise) ans Licht kamen.

Grenzschutz á la AfD – Schüsse auch auf Flüchtlinge „nicht ausschließen"

MANNHEIM – Noch am selben Wochenende forderten Frauke Petry (in der Zeitung Mannheimer Morgen) und Beatrix von Storch (auf Facebook), beide von der offen faschistischen Partei AfD (Alternative für Deutschland), den Schusswaffeneinsatz an der deutschen Grenze gegen Flüchtlinge, auch gegen Frauen und Kinder, „nicht auszuschließen". „Nettes" Detail am Rande: von Storch ist eine Enkelin des Nazi-Politikers Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk (1887-1977), deutscher Finanzminister von 1932 bis 1945 und verurteilter Kriegsverbrecher, der allerdings bereits 1951 nach knapp zwei Jahren aus der Haft in Landsberg am Lech/Bayern (dem selben Gefängnis, in dem Hitler 1924 für neun Monate einsaß) entlassen worden. In den neuesten Umfragen werden der AfD bei den Landtagswahlen in drei deutschen Ländern am 13. März Wahlergebnisse zwischen 10% und 15% prognostiziert.

ENGLAND

Faschistische und antifaschistische Proteste in Dover

DOVER – In Dover (Kent, Südwest-England) fand am Samstag eine Demonstration der faschistischen und rassistischen "English Defence League" sowie eine Gegendemonstration von Antifaschisten statt. Die EDL marschierte zusammen mit Nazis von "Combat 18" unter Hakenkreuz- Flaggen und skandierte "no more refugees" und auch „Sieg Heil". Etwa zwanzig Personen wurden bei den Zusammenstößen verletzt. Diese hatte es auch bereits auf der Anfahrt gegeben, als Busse beider Gruppierungen zur gleichen Zeit auf einer Autobahn-Raststätte bei Maidstone in der Nähe von Dover anhielten und die Nazis die Windschutzscheibe des Busses der Antifa-Gruppierung zerschlugen.

IRLAND

Geplante „Gründung" von "Pegida Ireland" - Gegenprotest unter dem Motto "Anti-Racism Day of Action – No Pegida"

DUBLIN – In der irischen Hauptstadt soll am Samstag, den 6. Februar, ein Ableger der 2014 im sächsischen Dresden entstandenen rassistischen Pegida gegründet werden. Dies gab Peter O'Loughlin von „Identity Ireland" (seit Juli 2015 bestehender irischer Ableger der „Identitären") bekannt. O'Loughlin war auch auf die erste Pegida-Demonstration dieses Jahres in Dresden eingeladen. Unterstützung bekommt die Bewegung auch von "English Defence League"-Begründer und Unterstützer von "Pegida UK", Tommy Robinson. Eine Demonstration ist für nächsten Samstag, Ortszeit 15 h, angekündigt. Anti-rassistische und antifaschistische Gruppierungen mobilisieren dagegen unter dem Motto „Anti-Racism Day of Action – No Pegida" und "no to islamophobia – no to racism", am selben Tag bereits um 12 h.

GRIECHENLAND

Deutsche Faschisten in Athen angegriffen.

Am 29. Jänner wurden mehrere deutsche Faschisten in Griechenland überfallen. Die 12 Mitglieder einer faschistischen deutschen Organisation waren in Athen, um sich dort mit Aktivisten der griechischen „Goldenen Morgendämmerung" zu treffen und an einem von ihr organisierten chauvinistischen, rassistischen Event teilzunehmen. Von kämpferischen AntifaschistInnen wurde dieses Treffen jedoch rechtzeitig ausgespäht und die deutschen Faschisten wurden in einem Restaurant mit der Aktion der antifaschistischen Kräfte konfrontiert. Laut Medienberichten mussten fünf Faschisten daraufhin unmittelbar ins Krankenhaus gebracht werden, andere wurden leichter verletzt. Die Nazi-Truppe konnte ihr geplantes Treffen mit den griechischen Faschisten der „Goldenen Morgendämmerung" daher nicht abhalten. Noch am selben Abend wurde auf griechischen Internetseiten ein Schreiben veröffentlicht, in dem sich eine kämpferische antifaschistische Gruppe zu dem Angriff bekannte.

Ein Leben für die politischen Gefangenen gegeben.

Der 18jährige Student Senthuran Rajheswaran aus Sri Lanka (Tamil Elam) beging am 28. Jänner in seiner Universität Selbstmord. Er hinterließ einen Brief, indem er erklärte, dass er Suizid begehe, um darauf aufmerksam zu machen, dass in Sri Lanka nach wie vor tausende politische Häftlinge eingesperrt sind und dabei noch schlimmster Folter unterworfen werden. In seinem Abschiedsbrief schreibt er: ***„Auch ein Student wie ich ist in der Lage, zu verstehen, welche Bedeutung die sofortige Freilassung aller politischer Gefangenen hat. Es sollte keine politischen Gefangenen in den Gefängnissen geben!“***
Vor wenigen Jahren begann die Regierung Sri Lankas mit Unterstützung der USA und einzelner europäischer Großmächte eine große Offensive gegen das seit langer Zeit um Unabhängigkeit und Befreiung kämpfende tamilische Volk. Dieser militärischen Offensive, bei der zigtausende Menschen ermordet wurden, folgte das Jubelgeschrei der Regierung, die meinte die tamilische nationale Unabhängigkeitsbewegung zerschlagen zu haben. Senthuran Rajheswaran griff mit dem politischen Suizid zu einem drastischen Mittel, doch er erreichte damit, dass die anhaltende brutale Unterdrückung der tamilischen Bevölkerung Sri Lankas wieder bekannter wird und mehr thematisiert wird. Der junge politische Aktivist beendete seinen Brief mit den Worten ***„In Tamil Elam, in ewiger und ehrlicher Liebe zum tamilischen Volk.“***



EINGEKASTELT

U-Haft als Repressionsinstrument!

Die Untersuchungshaft (U-Haft) ist ein Mittel, Personen auch ohne wirkliche Beweise gefangen zu halten. Erinnern wir uns an die größten „Justizskandale“ der letzten Jahre in Österreich, sehen wir, dass die meisten davon in U-Haft passiert sind. Völlige Kontrolle über die vermutlichen „Straftäter“, Repression und Einschüchterung sind einige der Vorzüge der U-Haft für die österreichische Justiz.

Durchschnittlich sitzen in Österreich zwischen 1.500 und 2000 Personen in U-Haft, was ca. ein Fünftel aller Häftlinge ausmacht. Auffallend ist, dass die Dauer der U-Haft steigt und vergleichsweise zu den vergangenen Jahren sehr lange ist. Ende 2014 befanden sich 14% aller U-Häftlinge schon über sechs Monate in Untersuchungshaft! Sie sitzen ohne Verhandlung und teilweise ohne konkrete Beweismaterialien.

Die Haftbedingungen lassen sich auch an den Suizidraten messen, die in U-Haft höher sind, als in anderen Haftanstalten. Pro Jahr haben sich bis zu 10 Personen in U-Haft umgebracht, ein bekannter Fall war Ende 2014, als sich ein 19-jähriger in seiner Zelle mit dem Gürtel erhängte. Ein großes Problem ist in den meisten U-Haftanstalten auch, dass die meisten Insassen 23 Stunden am Tag in der Zelle sitzen müssen, während in anderen Haftanstalten bis zu 80% arbeiten und somit die Möglichkeit haben, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten.

Großrazzia in allen (!) österreichischen Justizanstalten

600 Polizisten waren im Einsatz, 450 Häflinge wurden allein in Graz-Karlau gefilzt. Den Berichten zufolge waren unter anderem Handys im Visier der Justiz. Telefonieren ist teuer und kontrollierbar in den Häfn - eigene Telefone sind eine wichtige Verbindung zur Außenwelt, Kollegen, Freunde und Familie! Vor allem im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen rund um die Gründung einer Gefangenen-Gewerkschaft in Österreich, sind diese bundesweiten Razzien als einschüchterndes Signal der Justiz zu verstehen!



Korrespondenz aus dem Betrieb

Im Winter bei der Post

Wir PostlerInnen fangen meist zwischen fünf und sechs Uhr an. Draußen ist es da noch dunkel. Es ist saukalt, in der Wasserflasche bilden sich Eiswürfel. Das Wetter ist schlecht, mehr ArbeitskollegInnen werden krank als sonst, was für die anderen bedeutet, dass sie deren Arbeit miterledigen müssen. Von Seiten des Betriebs wird überhaupt nichts getan, um diese schlechteren Bedingungen irgendwie auszugleichen. Im Gegenteil, der Druck wird noch erhöht! Zum Beispiel werden KollegInnen unter Drohungen vorzeitig aus dem Krankenstand geholt. Im Sommer, wenn es heiß ist, kriegen wir vom Betrieb einen halben Liter Mineralwasser am Tag, was natürlich lächerlich ist, aber zumindest wird symbolisch auf die Hitze reagiert. Im Winter – gar nichts! Ein Kollege hat sein im Oktober bestelltes Arbeitsgewand für den Winter erst im Dezember gekriegt, weil der Zettel mit der Bestellung zwischendurch irgendwo liegengeblieben ist!



Alles soll billiger werden, damit die Gagen der Manager und Aktionäre noch weiter steigen! Im letzten Rechnungshofbericht kann man nachlesen, dass das Managergehalt bei der Post im Vergleich zu allen anderen staatsnahen Betrieben am höchsten ist. Dieses Geld wird auf unserem Rücken erwirtschaftet! Unter miserablen Arbeitsbedingungen! Mit dem KV Neu* verdient ein Postler regulär zwischen 1100€ und 1300€ netto, bei immer größer werdendem Arbeitsaufwand! Es ist schon längst Zeit, dass wir uns wehren!

*Anm. der Redaktion: der neue Kollektivvertrag, mit dem seit 2009 PostlerInnen eingestellt werden.

LINZ: Proteste gegen schwarz-blaue Bildungsreform

Am 2. Februar war in Linz eine Demo von der Bildungsinitiative OÖ für gemeinsame Schule, demokratische Schule und für mehr Geld für Bildung.

Im Volksgarten ging die Demo los und ein Zug von ca. 100 Demonstranten bewegte sich über die Landstraße und Promenade bis zum Park vor dem Landhaus. Lehrer, Schüler, Studenten und auch Mütter mit Kindern beteligten sich. Unter Parolen wie **„1,2,3,4 bei der Bildung spart ihr! 5,6,7,8, schwarz-blau Gute Nacht!“** kam die Demo dann zu ihrem Ziel vorm Landhaus, wo noch Reden gegen die schwarz-blaue Regierung und die Bildungsreform gehalten und Fotos gemacht wurden.



Fakt ist:
Seit den 90er-Jahren sinken die Ausgaben für Bildung! (Nicht nur jetzt unter schwarz-blau wird eingespart, das kann eine rote Regierung auch!)

Im November 2015 wurde von der Bundesregierung ein Reformkonzept für die Bildung vorgestellt, welches vor allem für die Familien der Arbeiterklasse nichts Gutes bringt.

Bildungspolitik wird für Eliten betrieben, nicht für die breiten Volksmassen! Hier fehlt es an Personal, Material und kostenlosen Betreuungsmöglichkeiten der Kinder, auch vor (!) und nach den Schulzeiten.

Im vergangenen Jahr wurde bereits, was die Behindertenbetreuung betrifft, einiges an Budget gekürzt. Was eine enorme Mehrbelastung nicht nur für die ArbeiterInnen in dem Bereich, sondern auch für die Familien bedeutet!

Kürzungen, sowie Reformen "von oben", im Sozialbereich, Gesundheitswesen oder in Fragen der Schule und Ausbildung betreffen uns alle!
Zahlreiche Verschlechterungen in diesen Bereichen gehen Hand in Hand mit der Aushölung der demokratischen Rechte, sowie der Arbeitsrechte!

Das nächste Treffen der Bildungsinitiative ist am Dienstag, dem 15. März um 18:00 Uhr im Büro der Solidarwerkstatt. (Waltherstraße 15, 4020 Linz)

Lernen wir aus den Kämpfen des Februar 1934!

Der Kapitalismus bringt immer wieder Krisen hervor. Immer wieder muss die herrschende Klasse dabei versuchen, die Krisenlasten auf die ArbeiterInnen und Volksmassen abzuwälzen.
Am schwersten unter den ArbeiterInnen haben es dabei jene, die ohnehin schon den geringsten Lohn bekommen und keine Absicherung haben – viele von ihnen sind Jugendliche, Frauen oder Migranten.
1930 versuchten die Herrschenden ebenso ihren Profit auf Kosten der ArbeiterInnen und Volksmassen zu sanieren und zu erhöhen. Sie versuchten eine faschistische Terrorherrschaft zu errichten! Demokratische Rechte wurden nach und nach abgebaut, jeder Widerstand im Keim erstickt und die Ausbeutung maximiert. 1933 schließlich setze sich das Dollfuss-Regime durch – mit dem Verbot der KPÖ, des KJV (Kommunistischer Jugendverband), des Schutzbundes und der "Selbstauflösung" des Parlamentsmus, begann in Österreich bereits 1933 der offenen Faschismus.
Viele ArbeiterInnen wollten sich dagegen wehren: Sie griffen am 12. Februar 1934 als Abwehrreaktion zu den Waffen und richteten sie gegen ihre Unterdrücker!

12. Februar 1934: In Linz begannen die „Waffensuchungen" der Heimwehr. Diese „Waffensuchungen" hießen nichts anderes als die Entwaffnung der ArbeiterInnen und Volksmassen. Dieses Mal führten sie diese „Waffensuchungen" im „Hotel Schiff" durch, einem Sitz des Schutzbundes. Nun hatte die Basis der Sozialdemokratie endgültig die Schnauze voll von ihrer Führung und deren Hinhaltetaktik und riss sich los. Sie begannen zu kämpfen. Der Abwehrkampf wurde in fast allen Bundesländer geführt.
Die ArbeiterInnen begann einen Kampf, indem sie unterlegen waren, sie hatten keine Taktik, hatten oftmals keine Verbindungen zueinander, hatten zu wenig Waffen, der Generalstreik scheiterte und trotzdem kämpften sie tapfer weiter, um den Faschismus niederzuschlagen.
Die Führung der Sozialdemokratie machte sich aus dem Staub (z.B.: Otto Bauer). Die ArbeiterInnenbewegung in Österreich erlitt damals zwar eine Niederlage, gewann dabei jedoch großartige Siege gegen die Sozialdemokratie und Opportunismus. Zum Beispiel wurde die KPÖ durch die Ereignisse des Februar 1934 im illegalen Kampf zu einer Massenpartei. Die Erfahrungen des antifaschistischen Abwehrkampfes von 1934 sind nach wie vor wichtig. Georgi Dimitroff (ein wichtiger Kommunist der Internationalen Kommunistischen Bewegung aus Bulgarien) schrieb im März/April des selben Jahres einen Brief an die österreichischen ArbeiterInnen in dem er sagte:
„Nein, nicht der bewaffnete Kampf der österreichischen Arbeiterklasse war ein Fehler. Der Fehler bestand darin, dass dieser Kampf nicht organisiert war und nicht auf revolutionäre, bolschewistische Weise geführt wurde."

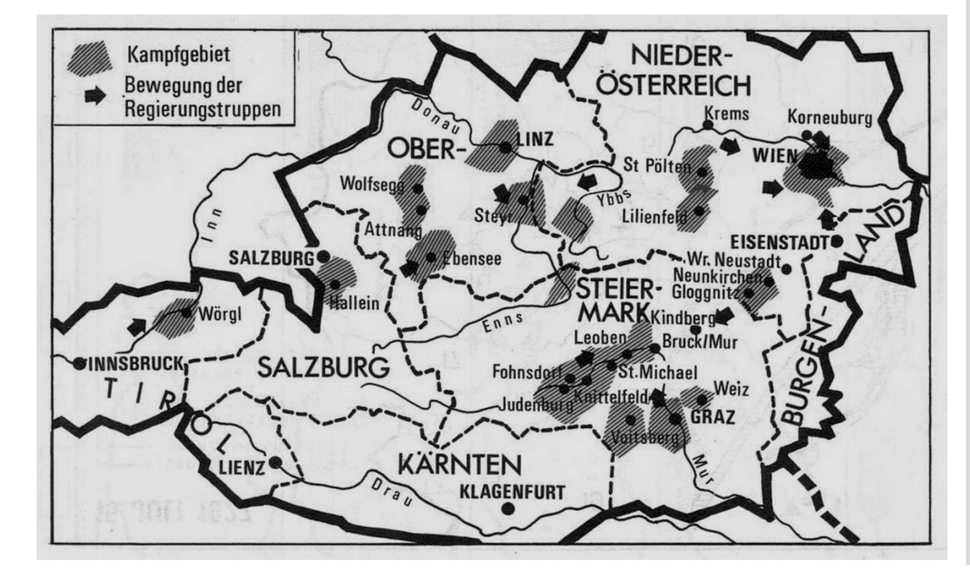
Für die Neuorientierung des Antifaschismus in Österreich! Für den aktiven Kampf, für einen kämpferischen Antifaschismus!

Schaffen wir uns antifaschistischen Selbstschutz! Bildet aktive antifaschistische Gruppen in der Schule, Betrieb, Uni, Wohnviertel!

Kein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteiführern! Schafft die Einheitsfront von unten!

Zur Orientierung im Antifaschismus empfehlen wir euch das Flugblatt des Revolutionären Aufbaus ("Für einen kämpferischen Antifaschismus"), welches auf der Antifademo in Wien (Ende Jänner) verbreitet wurde. Es wird darin passend für die Verhältnisse heute Kritik an der opportunistischen Führung der antifaschistischen Kämpfe geübt.

Zu finden unter: www.revaufbau.wordpress.com



Kämpfendes Wien
1934

Auf den Straßen
die Arbeiter Wiens!
Schalle Schrei
in die Ohren Europas,
halle Ruf
in die Städte und Dörfer,
in die Kaserne, Fabrik und den Schacht!

Schwielige Fäuste
am Schaft der Gewehre,
peitschende Schüsse
den Tag und die Nacht.
Hinter rauchender Barrikade,
hinter zerschlagenen Fenstern und Häuser
halten Männer die Wacht.

Proleten Europas,
Blut ist geflossen -
Blut aus jedem von euch
Proleten Europas,
es wurde geschossen,
es wurde getroffen
jeder von euch!

Kurt K. Doberer

Das neue Staatsschutzgesetz: Überwachung, Kriminalisierung und Willkür!



Am 27. Jänner wurde nun das neue Staatsschutzgesetz, trotz zahlreicher Kritiken und Bedenken, durch den Nationalrat angenommen. NGOs und Rechtswissenschaftler warnen zurecht vor diesem Gesetz.
Es ist ein Gesetz, dass vorgeblich zum Schutz gegen Terrorismus gemacht wurde, ist jedoch gegen breite Teile des Volkes anwendbar, bedeutet Willkür und eine enorme Erweiterung des Handlungsspielraums staatlicher Behörden.

Unter anderem beinhaltet das neue Staatsschutzgesetz folgendes:

- Alle möglichen Daten bezüglich Behörden, Telefon, Internet, Busunternehmen, Fluglinien usw. werden verpflichtet für Bespitzelung bereit zu stellen.

- Die Vorratsdatenspeicherung, welche als verfassungswidrig zurückgewiesen wurde, wird jetzt über dieses Gesetz eingeführt.

- Überwachung (medial und personell) ist ohne richterlichen Beschluss und Kontrolle erlaubt.

- V-Leute (Spitzel) können nun leichter angeheuert und in Gruppen eingeschleust werden.

Sagmeister vom „Netzwerk kritischer Rechtswissenschaften" meint dazu: ***„Die Polizei kann nach dem neuen Gesetz weitgehend eigenmächtig bestimmen, wie sie wen wann und weshalb überwacht."***

Ebenso enthalten in diesem neuen Gesetz, ist die Verhetzung und Herabwürdigung staatlicher Symbole, sowie der Paragraph des Landfriedensbruch. Auch das Beschimpfen der Bundeshymne, eines Bundeslandes oder Ähnliches reicht aus, um eine Ermittlung des Verfassungsschutzes einzuleiten!
Besonders schwer wiegt dabei der Zusatz, dass alle Personen im Umfeld, jeder zu dem Kontakt bestand oder besteht in den Überwachungsrahmen fallen. Diese Daten werden außerdem international ausgetauscht (in der Terror-Analysedatenbank), was dazu führen kann, dass man in gewissen Ländern Einreiseverbot bekommt, falls man zufällig in dem Kreis eines Verdächtigten gerät.

Das System der V-Männer (Vertrauens-Männer, Spitzel) soll ausgebaut werden. Damit, so heißt es von Seiten des Staates, soll die terroristische Szene ausgeforscht werden. Vor allem für politische Organisationen bedeutet das eine große Gefahr der Zersetzung durch Vernaderung und gezielte Spaltung und Provokation. (Näher mit dem Thema der V-Leute wird sich die nächste Ausgabe der afa auseinandersetzen)

Das neue Staatsschutzgesetz ist ein faschistisches Gesetz, das sich gegen die breiten Volksmassen und insbesondere gegen alle demokratischen und revolutionären Organisationen richtet! Es bedeutet Terror gegen das Volk!

Das neue Staatsschutzgesetz ebnet den Weg, Symbole der Arbeiterbewegung als staatsfeindlich einzustufen. Es ebnet den Weg Angst und Terror in der Öffentlichkeit zu verbreiten, dass sich niemand mehr etwas am Stammtisch laut sagen traut... Wer weiß wer zuhört?

Das neue Staatsschutzgesetz muss zurückgeschlagen werden!

Der AK Vorrat sammelte Unterschriften gegen das Staatsschutzgesetz und schafft aktuell einen Stand von 30.078 UnterzeichnerInnen. Auch organisierte der AK Vorrat gemeinsam mit der Solidarwerkstatt Kundgebungen und Demonstrationen - damit wurde es geschafft die Debatte anzuregen und eine gewisse Öffentlichkeit für dieses Thema zu schaffen. Dabei kann es jedoch nicht stehen bleiben.
Beteiligt euch bei kommenden Aktionen, diskutiert mit Freunden und Kollegen, überlegt euch welche Konsequenzen ihr für politische Aktionen wie Demos usw. ziehen müsst!
Lassen wir uns nicht einschüchtern!





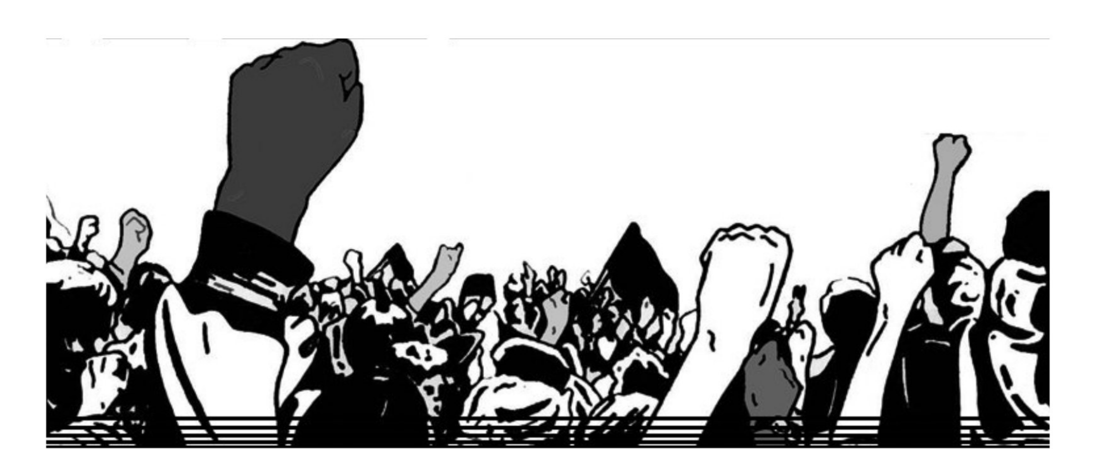
PARIS: Ausnahmezustand verlängert!

Bis Mai soll in Frankreich der Ausnahmezustand verlängert werden, das hat Anfang Februar die Regierung in Paris beschlossen.
Die Regelungen des Ausnahmezustandes ermöglichen ein umfassendes Sonderrecht für Staatsorgane, wie Hausdurchsuchungen und Hausarrest ohne richterlichen Beschluss.
Der Notstand dürfte laut Gesetz lediglich 12 Tage (!) verhängt werden - und wird jetzt drei Monate nach dem Anschlag in Paris weiter ausgeweitet. Die Regierung hat sich über einen Parlamentsbeschluss mit neuen Befugnissen ausgestattet, was auch bürgerliche Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International kritisieren.

Der französische Imperialismus startet nun nach innen hin verstärkten Terror gegen die Volksmassen!
Seit den Anschlägen gab es 3.000 Hausdurchsuchungen und mehr als 400 Hausarreste. Viele der Betroffenen sollen nach Durchsuchungen auch den Job verloren haben, obwohl sich kein Verdacht bestätigte.

Der Ausnahmezustand, die verschärfte Kontrolle und die erweiterte Willkür trifft selbstverständlich die französischen Volksmassen - nicht einzelne Terroristen! Das ist Einschüchterung und eine Waffe um Protest, Revolten - die gerechtfertigte Rebellion der Massen - mit voller Brutalität niederschlagen zu können!

Tod dem Faschismus und Imperialismus!



Korrespondenz

Die tägliche Repression

Wir, einige Aktivisten in Westösterreich planten Mitte Jänner einen Informationsabend mit dem Themenschwerpunkt Palästina und Imperialismus.
Wir organisierten ein Veranstaltungslokal und holten uns die Erlaubnis der Chefin ein. Auch druckten und verteilten wir Flyer, auf die wir sehr positive Rückmeldungen bekamen. Scheinbar wurden auch einige Stammgäste des Lokals auf die geplante Veranstaltung aufmerksam. Offensichtlich löste das Bild einer Vermummten Frau sowie die Worte "Herzlich Willkommen" bei diesen Herren eine ungeahnte Dimension der Panik und Hysterie aus. Auch litt die Besitzerin anscheinend an einer spontanen Amnesie, die sie dazu veranlasste, die von ihr genehmigte Veranstaltung bei der Polizei anzuzeigen. Woraufhin es in den nächsten Tagen Anquatschversuche von Bullen gab. Auch fanden sich am besagten Tag zwei offensichtlich faschistische Skinheads ein.
Daraufhin haben wir beschlossen, den Veranstaltungsort spontan zu wechseln.

An diesem Beispiel kann man gut erkennen, dass bei der kleinsten Regung die Fesseln enger werden. Die Repression versucht jede Form der Aktivität im Keim zu ersticken.
Davon dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen! Die Aufmerksamkeit die uns gezeigt wird, ist ein Zeichen dafür, dass unsere Arbeit gut und richtig ist – denn sie zeigt Wirkung!

Arbeiter steht zusammen und organisiert euch, gemeinsam sind wir stark!

GRIECHENLAND

Die Arbeiterkämpfe nehmen wieder zu!



Tausende Bauer gehen auf die Straßen

Der größte Kampf der Bauer der letzten 20 Jahre findet in den letzten Wochen in Griechenland statt. Vor 20 Jahren machten die Landwirte 18% aller Beschäftigten aus, als die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik von der EU zur Vernichtung der Landwirtschaft führte (heute sind es unter 10%) und die Verarmung der kleinen Bauern am Land verursachte. Die SYRIZA-ANEL Regierung plant im Rahmen einer Arbeitsreform, die die Troika fordert, Maßnahmen, die einen direkten Angriff auf die kleinen Bauer bedeuten. Die Einkommenssteuer wird verdoppelt und muss behahlt werden, bevor die Bauer Einnahmen machen können. Die Rentenbeiträge werden von 7% auf 20% erhöht. Laut der neuen Steuer- und Pensionsreform muss fast 75% des Bauerneinkommens in Lohnsteuer und Versicherungskassen fließen. Die Agrarsubventionen werden bis zu 60% gekürzt und im Fall von Schulden werden sie sogar vom Staat einbehalten (!) Alle diese Maßnahmen werden zu weiteren Verschuldung der kleinen Landwirte führen; fast die Hälfte kann sogar jetzt die Steuern sowie die Pensions- und Versicherungskassen nicht zahlen.

Die Bauern haben viele Gründe, auf die Straße zu gehen und gegen die neuen Sparmaßnahmen der Regierung zu kämpfen! Mit tausenden Traktoren blockieren sie seit Ende Jänner Autobahnen, Hauptstraßen, Zölle und Häfen im ganzen Land. Bis jetzt gibt es 68 große und kleine Blockaden mit großen Beteiligung (20.000 Teilnehmer), die periodisch oder in manchen Fällen dauernd die Durchreise von Autos, Bussen und LKWs verhindern. Die Bauern fahren ab Freitag, 12. Februar, mit ihren Traktoren nach Athen, wo sie planen, das Zentrum der Hauptstadt für mindestens zwei Tage lahmzulegen. Wie es weitergeht, hat die Bauernbewegung schon klar gemacht: wenn Ministerpräsident Alexis Tsipras die Rentenreform nicht vollständig zurückzieht, dann ist man nicht gesprächsbereit. Sie sind also nicht bereit, zu verhandeln, um wie viel ihr Einkommen (nochmal) gekürzt werden soll. Sie wollen die Rentenreform als Ganzes stoppen! Und ein Sieg der Bauern in diesem Moment wird der Arbeiterbewegung in Griechenland sicher einen neuen Aufschwung geben.

Massendemonstrationen beim Generalstreik



Am 4. Februar beteiligten sich hunderttausende Arbeiter gegen die geplante Rentenreform und Steuererhöhungen der SYRIZA-ANEL Regierung beim Generalstreik und bei großen Demonstrationen, die in allen großen Städten Griechenlands organisiert wurden. Treu zu den EU und amerikanischen Imperialisten führt SYRIZA-ANEL weitere Lohn- und Pensionskürzungen sowie Steuererhöhungen für mehrere Berufsgruppen – hauptsächlich Bauern, und selbständige Juristen und Ingenieure – ein. Dies wird zum weiteren Abbau von Arbeiterrechten und zur Verarmung des griechischen Volkes führen. Seit der kämpferischen Periode 2010-2012 hat man zum ersten mal wieder einen erfolgreichen Streik und große Demonstrationen erlebt, was zu einer kämpferischen und hoffnungsvollen Stimmung bei den arbeitenden Massen führte. Mit Parolen wie „Nieder mit den neuen und alten Sparmaßnahmen“, „Die EU ist nicht das Haus der Völker, sondern der Schlachthof der Imperialisten“, „Kampf dem Kampf der Imperialisten“ und „Nur das Volk kann sie besiegen, die werden nicht aufhören, wenn wir sie nicht stoppen!“ haben die griechischen Volksmassen für die Zurücknahme des 3. Sparpakets gekämpft und ihr Recht auf Gesundheits- und Pensionsversicherung verteidigt. Vor dem Parlament in Athen griff die Polizei die Demonstranten mit Tränengas und Knallgranaten an; die Repression konnte jedoch die Demonstration nicht auflösen. Für die kommende Zeit sind weitere Streiks von verschiedenen Berufsgruppen geplant.

Chemiefabrik SCOT: ein kleiner aber wichtiger Sieg

Am 27.1 und nach einem 14-tägigen Massenstreik haben die Arbeiter bei einer kleinen Chemiefabrik mit Namen SCOT (Athen, Griechenland) einen wichtigen Sieg erreicht. Auslöser für ihren Streik war die Kündigung eines Kollegen, der konsequent gegen die Lohnkürzungen und andere Sparmaßnahmen der Kapitalisten kämpfte. Entschlossen haben alle Arbeiter des Betriebs gefordert, dass ihr Kollege wieder angestellt wird. Jeden Tag waren sie beim Eingang der Fabrik anwesend und hatten öfters mit der Polizei, die die Regierung schickte, Auseinandersetzungen. Der Terror, der die Chefs von SCOT ausübten hat jedoch den Kampf der Arbeiter nicht stoppen können – die Arbeiter haben bis zum Sieg gestreikt, und damit einen kleinen aber wichtigen Sieg für die Arbeiterklasse geschafft. Das Beispiel dieses erfolgreichen Kampfes zeigt uns, dass die Arbeiter gewinnen können, wenn sie entschlossen und vereinigt gegen das Kapital kämpfen!

Antifaschistische Fußballer solidarisieren sich mit Flüchtlingen!

Beim Fußballspiel AEL Larissa gegen Archanaikos (Griechenland) kam es am 30.1. zu einem unvorhergesehenen Ereignis: Die Spieler beider Mannschaften setzten sich kurz nach dem Anpfiff auf den Rasen, stellten das Spiel ein und schwiegen für zwei Minuten. In einer Erklärung des AEL Larissa (ein Verein der für seine ausgeprägt linke Fankultur bekannt ist) wurde festgestellt, dass diese Aktion in Gedenken an die im Mittelmeer ertrinkenden Flüchtlinge stattfand und auf das allgemeine Elend der Flüchtlinge aufmerksam machen sollte. Damit kritisierten beide Vereine indirekt auch die Flüchtlingspolitik der angeblich „linken" griechischen Regierung von SYRIZA. Beide Vereine machten damit klar, dass weder sie selbst noch die Fans daran denken, sich gegen die Flüchtlinge aufhetzen zu lassen und brachten damit klar ihre Solidarität zum Ausdruck.



TUNESIEN

Aufstand gegen Jugendarbeitslosigkeit

In Tunesien breiten sich bereits seit dem 17. Jänner Demonstrationen und Kämpfe mit der Staatsmacht aus.



Auslöser war, ähnlich wie 2011, der Selbstmord eines Jugendlichen in der Stadt Kasserine aus Perspektivlosigkeit. Er kletterte auf einen Hochspannungsmast und fasste an die Leitung. Seit dem gibt es Proteste gegen die hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, diese breiteten sich auf acht Städte aus, darunter auch die Hauptstadt Tunis. Hier wurden bei Protesten am 21. Jänner über 40 Demonstranten verletzt, auch 59 Polizisten sollen verletzt worden sein, einer wurde getötet. In anderen Städten gab es weitere Kämpfe, in manchen wurden Straßenblockaden errichtet und in der Stadt Guebeli wurde ein Polizeiwache in Brand gesetzt. Am Tag darauf wurde die Polizei mit Molotowcocktails angegriffen und Jugendliche plünderten Läden, Warenhäuser und Banken. Die Regierung hat als Maßnahme gegen die Proteste inzwischen eine Ausgangssperre von 20 bis 5 Uhr verhängt, aus diesem Anlass wurden bereits über 80 Menschen wegen Verstößen verhaftet, bei den Protesten inzwischen über 260. Auch Aufstandsbekämpfungspolizei, Truppen und gepanzerte Wagen hat der reaktionäre Staat schon in die Schlacht gegen das eigene Volk geschickt.

Der Selbstmord dieses jungen Mannes hat in Tunesien wieder einmal das Fass zum überlaufen gebracht. Seit dem Beginn des sogenannten „Arabischen Frühlings" hat sich die Situation der Menschen nur noch weiter verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit stieg auf über 15% und die Jugendarbeitslosigkeit sogar auf über 37%. Ein Demonstrant sagte: „Die gleichen Leute sind auf den Straßen aus den gleichen Gründen [wie 2011]." Diejenigen die 2011 das tunesische Volk verraten haben und sich in ihrem schönen Parlament nun zu Lakaien der Imperialisten machen haben ein weiteres Mal den Zorn der Massen auf sich gezogen. Ihre Korruptheit ist dabei auch nur die Spitze des Eisbergs. Sie verkaufen das ganze Land und das ganze Volk. Wie unterscheiden sie sich von Ben-Ali damals, der von den bürgerlichen Medien, im Gegensatz zur jetzigen Regierung, so verteufelt wurde?

Und auch die Imperialisten fürchten sich vor diesem gewaltigen Zorn. So hat Frankreich bereits angekündigt eine Milliarde Euro in den nächsten fünf Jahren an die tunesische Regierung zu geben. Ein Versuch der Beschwichtigung der dem Volk nichts bringen wird. Es kann nur gewinnen wenn es eine demokratische Revolution mit einer korrekten Führung durchführt, so zeigt es die Geschichte. Und Tunesien hat schon einmal bewiesen, dass es der Funke für einen Flächenbrand in Nordafrika sein kann.

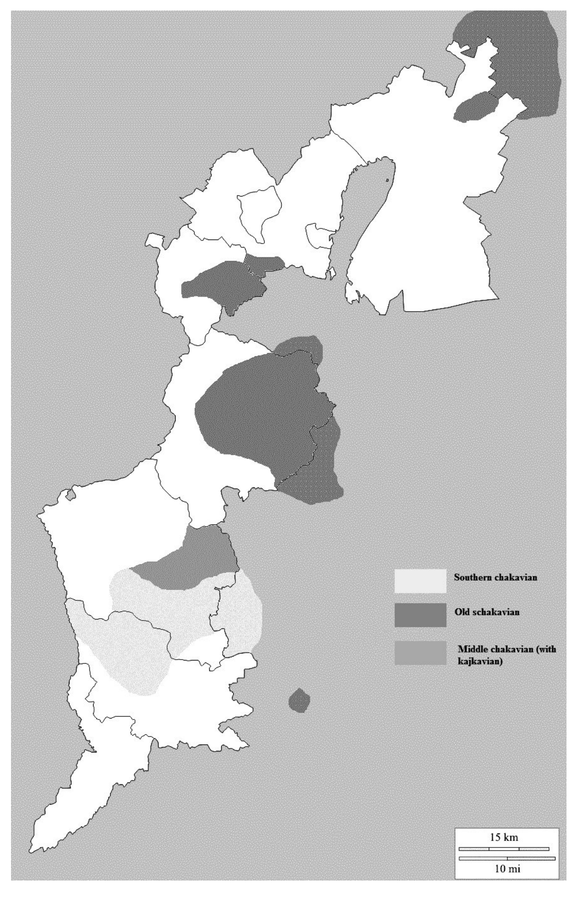
Übernommen von: www.demvolkedienen.org

Die nationale Minderheit der Burgenlandkroaten

Wie die meisten Menschen in Österreich wissen, gibt es in diesem Land eine Vielzahl an nationalen Minderheiten. Eine davon ist die der Burgenlandkroaten. Sie leben (in Österreich) im Burgenland, hauptsächlich in sogenannten "Kroatischen Dörfern" in denen sie ihre Kultur und Sprache im Alltagsleben gebrauchen.
Jedoch verschwinden Kultur und Sprache dieser Minderheit immer mehr aus dem Alltag. Wir, die "Antifaschistische Aktion-Infoblatt" finden diese Entwicklung schlecht und wollen dem entgegen arbeiten. Als DemokratInnen, RevolutionärInnen und KommunistInnen wissen wir, dass man die "natürliche Entwicklung" der Welt verändern kann. Man muss ihr nicht ohnmächtig zusehen. Um einen Beitrag gegen das Aussterben dieser Minderheit zu leisten, werden wir in in dieser und den nächsten 3 Ausgaben der afa Artikel zu den Burgenlandkroaten schreiben.

Wieso verschwinden Sprache und Kultur der Burgenlandkroaten?

Dafür gibt es viele Gründe. Viele erlernen die Sprache kaum noch (und wenn, dann schlecht). Unterricht, den es in vielen Kindergärten und Volksschulen gibt, findet nur auf niedrigem Niveau statt. Ein geringes Angebot gibt es auch noch in höheren Schulen wie Hauptschulen, Gymnasien,... , jedoch wird dieses kaum wahrgenommen. Ein viel wichtigerer Grund ist, dass die Sprache im Alltag kaum mehr gesprochen wird. Oft fragen sich die Leute, vor allem die junge Generation: Wieso? "Wieso eine Sprache lernen, die ich kaum im Alltag benutze?" "Wieso Tamburitza spielen und Volkstanz lernen?"
Gerade die Tatsache, dass die meisten Menschen hierauf keine klare Antwort haben, führt zu den derzeitigen Verhältnissen. Kultur und Sprache der Burgenlandkroaten haben sich sehr stark wegen der spezifischen Lebenssituation in den Dörfern so lange erhalten. Das ist jedoch nicht die Hauptseite.
Kultur und Tradition haben immer gewissen Inhalt. Die Kultur der Burgenlandkroaten ist eine grundsätzlich offene und freundliche Kultur. Sie ist eine grenzüberschreitende Kultur. Burgenlandkroaten leben nämlich auch in Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Es gab immer gute Kontakte zu den deutsch- und ungarischsprachigen Nachbarn, sowie zu den slawischen Völkern.
Dieser Kultur und der mit ihr verbundenen Sprache kehren viele den Rücken. Wofür? Für eine Kultur, die uns von den Herrschenden als Fortschrittlich und Besser gepriesen wird. Was sind deren Inhalte? Individueller Erfolg, Einzelkämpfertum und Egoismus. Höchstes Ziel ist es selber Kapitalist oder reich zu werden. Soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit werden von ihr ausgeblendet.
Setzen wir Burgenlandkroaten uns also für diese positiven Seiten unserer Kultur und Tradition ein, gewinnen wir nur. Möchten wir Burgenlandkroaten daher unsere Kultur am Leben erhalten und ihr neues Leben verleihen, müssen wir auf alle Angehörigen unserer Minderheit zugehen und ihnen zeigen, was sie verlieren, wenn sie ihr den Rücken kehren.



Kako največi ljudi znaju, ima u Austriji mnogih nacionalnih manjin. Jedna od njih su "Gradišćanski Hrvati" koji živu (u Austriji) sa največim delom u Gradišću u takozvanim "Hrvatski seli". Onde oni živu njevu kulturu i pričaju svoj jezik u svakidanjem životu. Ipak kultura i jezik ove manjine sve več se zgubu. Mi "Antifaschistische Aktion-Infoblatt" mislimo, da je to čermarno, i kanimo u budučnosti i sada protiv to kao jednog mali prinos pisati 4 članovnike. Jer som Demokrati, Revolucionari i Kommunisti, znamo da se zna minjati "naturalnog razvitka" svita. Mi nismo nemoćni!

Zač projdu jezik i kultura Gradišćanskih Hrvata?

Za to ima nakoliko razloga. Čuda se kumaj uču jezik (i ako onda čermarno). U čuda "Čuvarnica" i "Osnovni Škola" da podučavanje, ipak je na jako niskom nivou. Isto da podučavanje na viši škola, ali malose najavu. Razlog ki je čuda važnje je, da skoro nijedan več govori jezik. Čuda puti se ljudi pitaju: Zač? Zač je važno, da se naučim jedan jako star jezik ki se kumaj hasnuje. Zač plesati i svirati muziku? Največi ljudi nimaju odgovor na to pitanje. Kultura i jezik gradišćanskih hrvatov se je držala dugo od situaciji života u selu. To ali nije glavni uzrok. Kultura I jezik svenek imaju točan sadržaj. Kultura gradišćanskih hrvata je principijelno otvorena kultura. Ona prekorakne granice. Gradišćanski Hrvati ne samo živu u Austriji, nego isto u Slovačkoj, Českoj I Madjarskoj. Svenek su bili dobri vezi sa njemcima I mađarima ali isto sa slavskim narodi. Sa ovom kulturom i jezikom čuda ljudi ne kanu više veze imat. Zač? Draže njim je, ako živu jednu kulturu koju nam prodavaju, da ima više niveau. Ča je sadržaj ove culture? Individualizam, egoizam I “mainstream”. Propagira se bogatstvo I Kapitalizam. Socialni problem se ne kažu.
Ako se mi gradišćanski hrvati zalažemo sa našu kulturu samo znamo dobit. Kanimo mi gradišćanski hrvati obdržati naš jezik i kultur, moramo svim ljudem prednost toga pokazati.

8. MÄRZ 2016

Wir veröffentlichen nachstehend einen Auszug aus dem gemeinsamen Aufruf des Roten Frauenkomitee Hamburg und des Roten Frauenkomitee Wien für den 8. März 2016. Dieser Aufruf verbindet gelungen sowohl die aktuellen Angriffe der Herrschenden auf die Frauen und fortschrittliche Frauenbewegung, als auch die Aufgaben und längerfristige Ausrichtung im Kampf um den proletarischen Feminismus. Holt euch den gesamten Aufruf (siehe rechts Kontakt), helft mit ihn zu verbreiten und beteiligt euch bei Aktionen rund um den 8.März!



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

HERAUS ZUM 8. MÄRZ!

Bekämpft das Patriarchat und den Imperialismus!

Wir, die Roten Frauenkomitees Hamburg und Wien, rufen alle revolutionären und fortschrittlichen Kräfte, Aktivisten der Frauenbewegung, Frauen im allgemeinen und insbesondere alle Arbeiterinnen, zu einer kraftvollen Feier des 8. März auf, dem Internationalen Frauentag. Wir wollen, dass der 8. März dieses Jahr ein Zeichen setzt, in dem er die wachsende revolutionäre Frauenbewegung auf dem Vormarsch zeigt. Der 8. März ist ein besonderer Kampftag, ein Tag an dem Frauen überall auf der Welt ihre Stimmen gegen das Patriarchat erheben und auf der Straße ihre Entschlossenheit für ihre Emanzipation zu kämpfen zeigen. Es ist eine dringende Notwendigkeit für die Entwicklung der kommunistischen Bewegung, und der revolutionären Bewegung im allgemeinen, jeden Standpunkt der die Unterdrückung der Frau als einen politischen „Nebenwiederspruch“ betrachtet oder jeden Feminismus als „kleinbürgerlich“ betrachtet zu zerschlagen. Die Frauen der Arbeiterklasse leiden unter einer doppelten Unterdrückung, zu der Unterdrückung als Teil des Proletariats kommt die Unterdrückung durch das Patriarchat. Die Frauen der Arbeiterklasse werden nicht nur durch die Lohnsklaverei ausgebeutet, sondern außerdem durch die Sklaverei unter dem Patriarchat. Eine kommunistische und revolutionäre Politik ist ihren Namen nur als solche wert, solange sie Ausdruck der Interessen der meist Unterdrückten und Ausgebeuteten ist, entsprechend kann keine kommunistische und revolutionäre Kraft die besondere Rolle und Bedeutung der Mobilisierung, Politisierung und Organisierung der Frauen, insbesondere der Arbeiterinnen, negieren, ohne sich selbst als Betrüger zu demaskieren. Diejenigen, die in der „linken Szene“ den Kampf gegen das Patriarchat zu einem Kampf gegen „Sexismus“ reduzieren haben Überhaupt nichts vom Standpunkt des Marxismus verstanden und die die glauben, dass es ausreicht mit Verhaltensregeln, welche besagen, dass solange Männer nicht Pornografie gucken oder Frauen anbaggern alles in Ordnung ist und die Frau „gleichberechtigt“ ist, die sind in der Tat Verteidiger des Patriarchats, ihre Apologeten in der revolutionären Bewegung.

Im Dienste der Weiterentwicklung der kämpfenden klassenbewussten Frauenbewegung ist es notwendig die Trennungslinien zwischen dem bürgerlichen, dem kleinbürgerlichen und dem proletarischen Feminismus zu ziehen, um den letzteren zu stärken und die Arbeiterinnen zu ermutigen ihre Rolle in den ersten Reihen des Klassenkampfes einzunehmen.

Rotes Frauenkommitee Wien | rotes-frauenkommitee-wien@gmx.at

Geplante Anhebung des Pensionsantrittsalters von Frauen

Die geplante „Angleichung“ des Pensionsantrittsalters von Frauen an Männer (von 60 auf 65 Jahre), soll nun statt von der SPÖ vorgeschlagen von 2024-2033, nun durch einen neuen Vorschlag der ÖVP schon ab 2018, in schnelleren Schritten, vorangetrieben werden. Beide Vorschläge, von der SPÖ sowohl als von der ÖVP, sind zurückzuweisen und zu bekämpfen, denn beide Vorschläge sind doch geradezu blanker Hohn bei einer immer weiter nach oben kletternde Arbeitslosenzahl, die nun bald eine halbe Million überschritten hat. Solcherlei „Vorschläge“ verstärken bloß den Konkurrenzdruck zwischen den ArbeiterInnen und drängen sie dazu um weniger Lohn arbeiten gehen zu müssen. Das hat nichts mit „Gleichberechtigung“ zu tun, sondern bedeutet verstärkte Ausbeutung der weiblichen und männlichen ArbeiterInnen! Was bei dieser Debatte ebenso nicht verschwiegen werden darf, ist, dass auch ohne diese Anhebung viele Frauen in Pension nebenher noch geringfügig arbeiten gehen um überhaupt die täglichen Kosten für das Leben decken zu können. Die ArbeiterInnen dürfen sich diese weitere Verschlechterung nicht gefallen lassen!

PHILIPPINEN

Erfolge der Einheitsfront

Wie schon in der letzten afa berichtet macht der philippinische Volkskrieg vor allem auf der Insel Mindanao große Fortschritte. Dass sich gerade auf der zweitgrößten Insel eine starke Basis für die Revolution findet, ist wohl kein Zufall. Einerseits leben dort die Ärmsten des Landes. Andererseits ist Mindanao auch die Heimat des muslimischen Volkes der Moro, dass seit langer Zeit enorm unterdrückt und ausgebeutet wird und seit 1968 einen bewaffneten nationalen Befreiungskampf führt. Über die letzten 10-20 Jahre hat die Zentralregierung aktiv Versucht, die führenden Kräfte der Moro einzukaufen und das Volk mit vorgegaukelter „Autonomie" zu beschwichtigen. Seit letztem Jahr scheint dies nun endgültig gelungen sein, als die zweit größte kämpfende Moro Organisation die Waffen niederlegte.

Das Volk jedoch merkt, dass der erkaufte Frieden keine Verbesserung mit sich bringt. Da ist es naheliegend, dass viele Moro sich an die Kommunistische Partei der Philippinen wenden, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen unterstützt und durch die Moro Resistance and Liberation Organization (MRLO) eine Einheitsfront anstrebt.

Die Lehren daraus sind auch in imperialistischen Ländern wie Österreich relevant: nur zusammen im revolutionären Kampf mit dem Proletariat können unterdrückte Minderheiten ihre Befreiung erlangen. Wer sich an die Bourgeoisie klammert, egal ob sie die „eigene" ist oder eine imperialistische, wird früher oder später verraten und verkauft werden.

TÜRKEI / KURDISTAN

Anschlag durch TKP/ML-TIKKO.



Ende Jänner ging in Istanbul eine von der Arbeiter- und Bauernarmee der Türkei (TIKKO) gelegte Brandbombe hoch und zerstörte ein Gebäude. Dieses Gebäude wurde von Anhängern der faschistischen türkischen Regierungspartei AKP genutzt, um Treffen und Veranstaltungen abzuhalten auf denen Geld für reaktionäre, islamistische Organisationen wie die Al-Nusra-Front, dem Ableger der Al-Kaida in Syrien, gesammelt wurde. Die TIKKO stellte dazu fest, dass sie mit dieser Aktion unterstreichen wolle, dass es notwendig ist den „Kriminellen und dem Staatsapparat immer weitere Schläge zu versetzen".

VENEZUELA

Neue Aktivität revolutionärer Kräfte in Venezuela.

Nicht um einen Volkskrieg, jedoch um bewaffneten antiimperialistischen Widerstand handelt es sich beim Kampf der Fuerzas Bolivarianas de Liberación (FBL, Bolivarianische Befreiungsstreitkräfte) in Venezuela. Während die angebliche „Linke" in den Zentren des Imperialismus an Hugo Chavez und dessen Nachfolger Nicolas Maduro immer wieder ein „klein bisschen Sozialismus" zu erkennen meint, sehen die FBL das ganz anders. Am 26. Jänner 2016 ließen sie vor dem Parlament zwei Flugblatt-Bomben hochgehen. Flugblattbomben sind Vorrichtungen die dafür sorgen, dass hunderte, wenn nicht tausende Flugblätter durch entsprechend kontrollierte Zündung eines Sprengsatzes so in die Luft geschleudert werden, dass umherstehende Menschen sie einsammeln und lesen können, ohne dass dabei ein Aktivist der FBL anwesend sein muss und damit seine Verhaftung riskiert. In den Flugblättern die bei dieser Aktion bewaffneter Propaganda verbreitet wurden, rief die FBL dazu auf „alle Illusionen hinwegzufegen und sich für den Kampf vorzubereiten". Weiter stellte sie fest, dass es für die derzeitige politische Krise in Venezuela „keine friedliche Lösung geben wird". Nur „das Volk kann das Volk retten, nicht ein Messias, sondern nur ein revolutionäres politisches Instrument mit kollektiver Führung und einem klassenbezogenen Programm, welches die neuen Aufgaben ausdrückt, kann das." Im Kampf gegen die rechte Parlamentsmehrheit und den „rot lackierten Rechten" (Präsident Maduro), der vor Attacken der Imperialisten immer weiter zurückweicht und das Volk ausliefert, sei die gegenwärtige Krise eine „Chance für die Linke, die ArbeiterInnen und das Volk". Die FBL rief weiter dazu auf sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen und an antiimperialistischen Aktionen teilzunehmen.



INDIEN

Indien: Bewaffneter Streik (Bandh) in vier Bundesstaaten.

Die Kommunistische Partei Indiens-Maoistisch/CPI (Maoist) rief vom 25.1 bis zum 27.1 in vier indischen Bundesstaaten (Jharkhand; Bihar; Dumaria; Imanganj) zum Bandh (bewaffneter Streik)* auf. Grund hierfür ist die kürzliche Ermordung von 5 MaoistInnen in einem gestellten Gefecht (Face-encounter)*. Dieser Bandh versucht, diese und andere faschistische Handlungen der indischen Regierung offen zu legen. Gleichzeitig sollen auch der indischen Staat sowie alle die ihn am Leben erhalten, bekämpft werden.
Schon im Vorfeld zeigten sich die Reaktionäre besorgt wegen dem angekündigten Bandh. Diese rechneten zum Beispiel mit einem Angriff auf Züge und Straßen.

*Die (maoistischen) Partei organisiert immer wieder **Bandhs**, bewaffnete Streiks- und Demonstrationen. Es werden aber auch imperialistische Ausbeutungsstätten, wie Mienen, Straßenbauprojekte und Fabriken gezielt angegriffen. Wegen diesen werden massenhaft Ureinwohner und arme Bauern vertrieben.

***Face-encounters**/gestellten Gefechte sind in Indien keine Seltenheit. MaoistInnen oder Menschen, denen vorgeworfen wird solche zu sein, werden dazu von Polizei oder Millitär die sie festgenommen haben in Uniformen verkleidet und zum Beispiel in Wäldern erschossen. Danach werden ihnen Waffen in die Hände gelegt und es werden „Beweisfotos“ gemacht.

Indien: Maoisten organisieren sich neu und steigern ihre Kampfkraft!

Nach Angaben der Zeitung „Times of India (http://timesofindia.indiatimes.com)“ vom 14.1, hat die Kommunistische Partei Indiens (maoistisch)/CPI (maoist) eine neue Division bewaffneter Einheiten in der Andhra-Odisha Grenzregion aufgestellt. Dies ist nur ein Teil eines größeren Plans zur Reorganisierung und Rückeroberung von Regionen, in denen die Maoisten an Boden verloren haben. So soll es erst vor kurzem Sitzungen hoher Parteikader gegeben haben bei denen eine neue Strategie für die Andhra-Odisha Grenzregion beschlossen wurde, die sich auf den Aufbau von „Revolutionären Volkskomitees“ konzentrieren soll.



In der letzten afa-Ausgabe druckten wir Auszüge eines Interviews mit einem Genossen aus dieser Grenzregion, in dem er auf Fragen zur derzeitigen Lage der Maoisten antwortete. Zu den derzeitigen Schwierigkeiten sagte dieser Genosse: „Trotz der Regierungsanstrengungen, die Partei runter zu drücken, werden die Maoisten weiter an Stärke gewinnen bis die Probleme des Volkes gelöst sind.“



Diese Neuigkeiten zeigen, dass sich die Genossen nicht von den Schwierigkeiten klein kriegen lassen.


Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Heraus zum
8. März
Gegen das Patriarchat und den Imperialismus
V.i.S.d.P.: Klara Husend, Starstr. 22, 22305 Hamburg
Rotes Frauenkomitee Hamburg
Rotes Frauenkomitee Wien